



DIDF

Föderation der Demokratischen Arbeitervereine
Hohenstaufenring 55
50674 Köln

Tel: 0221-9255493

Fax: 0221-9255495

Mobil : 01703849006

Email: didf@didf.de

Web: www.didf.de

Köln, 10.07.06

Positionspapier

anlässlich des bevorstehenden Integrationsgipfels am 14.07.06

Integrationsgipfel soll ein Anfang sein Integration fördern – Ausgrenzung beenden

Der Integrationsgipfel der Bundesregierung am 14. Juli 2006, zu dem die Bundeskanzlerin Merkel eingeladen hat, ist einmalig in der jüngeren Migrationsgeschichte Deutschlands und in dieser Hinsicht ein positiver Schritt. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Frau Staatsministerin Böhmer, die mit den Vorbereitungen des Gipfels beauftragt ist, erklärte, der Gipfel sei ein Anfang und weitere Schritte würden folgen. Auch dies ist zu begrüßen. Allerdings sind die Gipfelvorbereitungen, die Liste der eingeladenen Teilnehmer (soweit sie bekannt sind) und die Gesetzesentwürfe, die in den Schubladen der Regierungsparteien noch warten, deutliche Anzeichen dafür, dass auf dem Gipfel keine Entscheidungen getroffen werden, die der Integration und dem Zusammenleben in Deutschland dienlich wären. Ganz im Gegenteil: wir befürchten, dass der Integrationsgipfel zu einer Werbeveranstaltung für weitere Verschärfungen in der Zuwanderungs- und Integrationspolitik der Bundesregierung umfunktioniert wird.

Denn die Mängel bei den Vorbereitungen des Gipfels und für die Diskussion vorgesehene Zeit von vier Stunden zeigen, dass die Bundesregierung mit dem Gipfel den erklärten Zielen und Ansprüchen nicht gerecht werden kann. Die Unzulänglichkeiten im Vorfeld verhinderten, dass die Probleme von einem breiteren Spektrum diskutiert und die Vorschläge in die Diskussionen eingebunden werden können.

Die eingeladenen Organisationen und Institutionen zeichnen sich mehrheitlich durch ihre Nähe zu den Regierungsparteien aus. Dies wird zur Folge haben, dass die Probleme überwiegend aus der Sicht der Koalition diskutiert werden. Dass als Vertreter der türkischstämmigen Migranten hauptsächlich CDU- oder SPD-Mitglieder eingeladen worden sind, verstärken unsere diesbezüglichen Bedenken. Es ist zu erwarten, dass diese Teilnehmer in erster Linie nicht die Migranten, sondern die Ansicht der Parteien vertreten werden, denen sie angehören. Diese Einladungspraxis widerspricht dem erklärten Grundverständnis, der Teilnahme von Migrantenorganisationen große Bedeutung beizumessen, wie sie von Frau Böhmer richtigerweise vertreten wurde. Es versteht sich von selbst, dass die Teilnehmerliste nicht endlos lang gehalten werden kann. Dass die Teilnehmer überwiegend aus dem Kreis der

SPD- bzw. CDU-Mitglieder ausgesucht wurden, ist jedoch durch nichts zu rechtfertigen. Mit der vorhandenen Zusammensetzung der Teilnehmer kann zudem nicht gewährleistet werden, dass alternative Lösungsansätze in die Diskussion eingebracht werden.

In diesem Zusammenhang muss auch auf die unter den türkischen Migrantenorganisationen entbrannte Diskussion um Alleinvertretungsanspruch hingewiesen werden. Türkischstämmige Migranten brauchen keine selbsternannten Vertretungsorgane, die ihren Stellenwert daran messen, ob sie mit einer Einladung und somit einer vermeintlichen Wertschätzung durch die Bundesregierung belohnt wurden, oder mit Nichteinladung und somit einer Geringschätzung bestraft wurden. Vertreter von Organisationen, die den Gipfel am Anfang als eine "Show-Veranstaltung" kritisiert und am nächsten Tag nach Bekannt werden der eigenen Einladung als "historische Chance" bejubelt haben, werden auf dem Gipfel nur als nickende Hofnarren fungieren und können keinen anderen Beitrag leisten.

Die Unionsparteien spielen bei der Verschärfung der Zuwanderungs- und Integrationspolitik eine Vorreiterrolle. Der Integrationsgipfel sowie der angekündigte "Nationale Aktionsplan Integration" sehen ebenfalls Verschärfungen vor. Bundesinnenminister Schäuble hat ebenfalls einige Verschärfungen in der Zuwanderungsgesetzgebung zum Jahresende angekündigt. Schließlich enthält der Beschluss des Bundesrates zur "Integration und Einbürgerung" vom 7. Juli 2006 ebenso Forderungen nach weiteren Verschärfungen vor. All dies sind Anzeichen für eine regressive Integrationspolitik nach dem Gipfel. Verschärfte Bedingungen für die Einbürgerung, Neuregelungen bei Zusammenführung, Heraufsetzung des Nachzugsalters bei Ehegatten, Neuregelungen bei Abschiebungen oder angedrohte Sanktionen für so genannte Integrationsunwillige sind völlig inakzeptabel. Ein Integrationsgipfel, der zur Verschärfung der Gesetzgebung und Integrationspolitik dient, würde dem Zusammenleben und der Integration erheblichen Schaden zufügen. Wir hoffen, dass keine der eingeladenen Organisationen für derartigen Bemühungen instrumentalisiert werden lassen.

Es ist hinlänglich bekannt, welche Auswirkungen die Debatten um die Verschärfung des Zuwanderungs- und Einbürgerungsrechts im Rahmen der Terrorismusbekämpfung auf das gesellschaftliche Leben in Deutschland hatten. Millionen von Menschen muslimischen Glaubens wurden dabei mit dem Terror in Verbindung gebracht. Dies führte auf Seiten der Migranten zur Abschottung. Auf Seiten der deutschen Gesellschaft wurden Ressentiments verstärkt. Mit der Reduzierung der Identität von Menschen auf ihren Glauben wurden Fronten zwischen Menschen aufgebaut, die dasselbe gesellschaftliche Leben teilen.

Im zurückliegenden Integrationsprozess gibt es dafür genügend Beispiele. Man sollte nicht vergessen, dass Defizite in der Integration nicht mit Sanktionen behoben werden können. Ferner ist die Integration keinesfalls gescheitert, wie das immer wieder leichtfertig behauptet wird. Trotz aller Schwierigkeiten und Probleme sind sich die Aufnahmegesellschaft und Migranten im Laufe der Zeit näher gekommen. Der Anteil der Migranten, die am sozialen Leben teilnehmen, wird immer größer. Migranten, die die Bundesrepublik inzwischen als ihre Heimat betrachten, überwiegen. Die Anerkennung der Tatsache, dass die Migranten ein fester Bestandteil der Gesellschaft sind, ist der erste Schritt für eine erfolgreiche Integrationspolitik. Der Hauptgrund für bestehende Integrationsdefizite liegt daran, dass man diese Tatsache nicht anerkennt oder die Anerkennung Lippenbekenntnisse bleiben.

Andererseits ist nicht von der Hand zu weisen, dass auf Seiten der Migranten religiöse und ethnische Organisationen tätig sind, die mit ihrer Arbeit zur Verstärkung bestehender Probleme beitragen und dem Integrationsprozess schaden. Die fortgesetzte diskriminierende Politik machen sie zur Grundlage ihrer Existenzberechtigung und hemmen den Integrationsprozess. Die Migranten dürfen deshalb nicht für die Versäumnisse der Politik verantwortlich gemacht oder mit Generalverdacht stigmatisiert werden. Das wichtigste

Ergebnis des Integrationsgipfels wäre in diesem Sinne, wenn den Migranten signalisiert würde, dass sie ein fester Bestandteil der Gesellschaft sind. Nur eine Politik, die sich auf diese Grundhaltung stützt, wäre in der Lage, die Lösung bestehender Probleme zu beschleunigen. Der 20 Punkte umfassende "Aktionsplan Integration" der nordrhein-westfälischen Landesregierung ist in diesem Zusammenhang ein Schritt in die richtige Richtung. Trotz seiner Mängel unterstützt unsere Föderation diesen Plan, weil er unseres Erachtens in die richtige Richtung weist.

Dass die Integrationsprobleme nicht ausschließlich mit gesetzlichen Maßnahmen zu lösen sind, ist zutreffend. Die Lösung erfordert auch neue Bestimmungen und Fördermaßnahmen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Es sind Maßnahmen notwendig, mit denen die Folgen der diskriminierenden Politik beseitigt werden können. Es darf auch nicht übersehen werden, dass die Integration ein Prozess ist und die Lösung mancher Problemstellungen weitere Zeit in Anspruch nehmen wird. Nur mit dieser Haltung wird die Lösung der Integrationsprobleme zu gewährleisten sein.

Aus diesen Gründen formuliert unsere Föderation folgende Erwartungen an den Integrationsgipfel:

1. Es ist eine gesellschaftliche Realität, dass die Migranten ein fester Bestandteil der Gesellschaft sind. Diese Realität muß anerkannt, alle ausgrenzenden rechtlichen und sozialen Bestimmungen müssen aufgehoben werden.

2. Die Debatten, die die Migranten als ein Problem darstellen und mit "Arbeitslosigkeit", "Terror" etc. in Verbindung bringen, müssen beendet werden. Einzelfälle von so genannten "Ehrenmorden" oder Zwangsverheiratungen dürfen nicht der Gesamtheit der Migranten zugeschrieben werden. Diskriminierende und stigmatisierende Stammtischparolen, die verantwortungslos in die Debatte eingeworfen werden und dem Zusammenleben schweren Schaden zufügen, gehören sofort eingestellt. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz muss in diesem Zusammenhang überarbeitet werden, damit Diskriminierungen verhindert werden und Chancengleichheit gefördert wird.

3. Der Erwerb der deutschen Sprache ist Grundvoraussetzung der Integration. Sprachkurse dürfen aber nicht mit Sanktionen verbunden sein. Vielmehr ist dafür Sorge zu tragen, dass die Angebote an Sprachkursen qualitativ und quantitativ ausgebaut werden, damit jeder die Chance auf Spracherwerb bekommt. Nichts ist natürlicher als das Bedürfnis von Menschen, die Sprache, Geschichte und Entwicklung des Landes zu kennen, in dem sie sich niedergelassen haben. Allerdings sind diskriminierende und mit Sanktionen verbundene Praktiken wie der baden-württembergische "Gesinnungstest" hier nicht dienlich.

4. Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts wurden die Einbürgerungsvoraussetzungen verschärft. Zehntausende von Migranten können nicht eingebürgert werden, weil sie arbeitslos sind oder aufgrund der fehlenden Angebote die deutsche Sprache nicht in ausreichendem Maße lernen konnten. Menschen, die ihre Arbeit verloren, werden auf diese Weise doppelt bestraft. Wir brauchen erleichterte Einbürgerungen. Arbeitslosigkeit und andere soziale Probleme dürfen nicht zum Einbürgerungshindernis gemacht werden. Mit entsprechenden Kampagnen muss für mehr Einbürgerungen geworben werden. Die Migranten, die nach Wiedererlangung ihrer früheren Staatsangehörigkeit ihre deutsche Staatsangehörigkeit verloren, müssen wieder ihre Rechte zuerkannt bekommen.

5. So genannte "Ehrenmorde" oder Zwangsverheiratungen können nicht mit Einführung neuer Straftatbestände und Erhöhung des Strafmaßes bekämpft werden. Schutz für Ehepartnerinnen ist nur möglich durch Verbesserungen ihrer rechtlichen und sozialen Situation. Deshalb muss ihnen ein unabhängiges Aufenthaltsrecht gewährt werden. Spezielle Maßnahmen, die ihren Spracherwerb oder Teilnahme am gesellschaftlichen Leben fördern, sind hier zielführende Wege.

6. Bildung ist, wie immer wieder zutreffend formuliert wird, Schlüssel zur Integration. Ungenügende Sprachkenntnisse führen zu den bekannten Defiziten im Bildungserfolg der Kinder mit Migrationshintergrund angeführt. Deshalb müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, damit die Migrantenkinder die erforderlichen Möglichkeiten für bessere Bildungschancen bekommen. Hier muss man bereits im Kindergarten ansetzen. Mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen müssen Erwerb der deutschen Sprache und damit verbunden die Chancengleichheit sichergestellt werden. Mit folgenden Maßnahmen könnte der erste Schritt getan werden:

- Kindergärten müssen gebührenfrei sein. Vermittlung interkultureller Kompetenzen bei der Erzieherinnenausbildung wird die Erfolgchancen der Migrantenkinder erhöhen und ihre Potenziale besser ausschöpfen.
- Die Sprachen der Herkunftsländer ihrer Eltern wie z.B. Türkisch müssen als "Fremdsprache" an Schulen angeboten werden und für alle Schüler zugänglich sein.
- Anstatt eines Religionsunterrichts sollte ein Unterricht über die Geschichte der Religionen als Wahlfach angeboten werden.

7. Die Chancen beim Zugang zur Ausbildung für Jugendliche mit Migrationshintergrund sollten durch besondere Maßnahmen ausgebaut werden. Öffentlicher Dienst sollte hier eine Vorreiterrolle spielen.

8. Zivilgesellschaftliche Initiativen und Verbände, die mit ihrer Arbeit integrationsfördernd wirken, sollten mit mehr Finanzmitteln ausgestattet und besser gefördert werden. Die Zusammenarbeit der kommunalen oder staatlichen Stellen mit Migrantenorganisationen ist zu fördern.

9. Geduldete und Illegalisierte, die zu einem unsicheren Leben ohne Zukunftsperspektive gezwungen werden, sollten mit einer Neuregelung ins gesellschaftliche Leben eingebunden werden.

10. Die Bundesrepublik muss endlich dafür sorgen, dass EU-Richtlinien und andere internationale Abkommen, die zur Verbesserung der rechtlichen und sozialen Situation von Migranten dienen, in nationales Recht umgesetzt werden.

Hüseyin Avgan
Bundesvorsitzender DIDF